

Das neue Datenschutzgesetz des Bundes

Referate der Tagungen der Hochschule St. Gallen
vom 15. Oktober und 13. November 1992

Herausgegeben von Prof. Dr. Rainer J. Schweizer

Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	V
<i>Uli Nabholz</i>	
Entstehung und Grundanliegen des Datenschutzgesetzes	1
1. Gründe für die Schaffung eines Datenschutzgesetzes	1
2. Die Entwicklung des Datenschutzrechts	2
3. Persönlichkeitsschutz als Zweck des Datenschutzgesetzes	2
4. Die Grundzüge des Datenschutzgesetzes	3
4.1 Das Datenschutzgesetz als Querschnittsgesetz	4
4.2 Technikneutralität des Datenschutzgesetzes	4
4.3 Bearbeitungsgrundsätze	4
4.4 Geltung des Datenschutzgesetzes in den Kantonen	5
4.5 Der Interessenausgleich	5
4.6 Datenschutz und Medien	6
4.7 Das Auskunftsrecht	6
4.8 Die Registrierungspflicht	7
4.9 Die Kontrolle über das Datenschutzgesetz	7
5. Zusammenfassende Würdigung	7
<i>Hans Danioth</i>	
Ziele und Grundanliegen des Datenschutzes im öffentlichen Bereich	9
1. Datenschutz als Persönlichkeitsschutz	9
2. Der Regelungsbedarf des Datenschutzes und dessen Umsetzung in ein Rahmengesetz	10
3. Das Datenschutzgesetz als Einheitsgesetz für öffentliches (Bundes-) und privates Recht	11
4. Geltung für die Kantone in zwei Fällen	12
5. Das Erfordernis der gesetzlichen Grundlage	13
6. Datenschutz und Staatsschutz	14
7. Datenschutz im Medienbereich und in der medizinischen Forschung	16
8. Die Kontrolle über den Datenschutz im öffentlichen Bereich	17

VIII

Mario M. Pedrazzini

Die Grundlagen des Datenschutzes im Privatbereich: die Grundzüge und der Geltungsbereich des Bundesgesetzes	19
1. Zweck des Datenschutzgesetzes	19
2. Definitionen	20
2.1 Personendaten	20
2.2 Freie Daten	21
2.3 Besonders schützenswerte Personendaten	22
2.4 Der Datenschutz kann bei jeder Bearbeitung zum Tragen kommen	22
2.5 Juristische und natürliche Personen	23
3. Geltungsbereich	24
3.1 Das Datenschutzgesetz ist prinzipiell anwendbar	24
3.2 Ausnahmen von der Anwendung des Datenschutzgesetzes	24
3.3 Die Massenmedien	25
3.4 Öffentliche Register	25
4. Allgemeine Bestimmungen für den privaten und den öffentlichen Bereich	25
4.1 Bearbeitung und Beschaffung der Daten	26
4.2 Die Richtigkeit der Daten	26
4.3 Verhältnismässigkeit der Bearbeitung	27
4.4 Zweckkonforme Bearbeitung	27
4.5 Sicherheitsvorschriften bei der Bearbeitung	27
4.6 Registrierung von Datensammlungen	27
4.7 Transnationaler Datenfluss	28
5. Verletzung der betroffenen Person	28

Rainer J. Schweizer

Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen beim Datenschutz im öffentlichen Bereich	29
1. Grundzüge der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Datenschutz	29
2. Der Stand der Datenschutzrechtsetzung in Bund und Kantonen	31
3. Anwendung des neuen Bundesgesetzes durch Bundesorgane in den Kantonen?	32
4. Anwendung von speziellem Datenschutzrecht des Bundes durch öffentliche Organe der Kantone	33
5. Ersatzweise Anwendung des neuen Bundes-Datenschutzgesetzes (Art. 37 DSG)	36

6. Fragen der Kontrolle des Datenschutzes	38
7. Von der Rechtszersplitterung zur Zusammenarbeit im Datenschutz zwischen Bund und Kantonen	39
Anhang: Die wichtigsten kantonalen Datenschutzregelungen (Stand November 1992)	40

Paul-Henri Steinauer

Die Verletzung durch private Datenbearbeitung und die allfällige Rechtfertigung einer Verletzung: Einzelheiten der gesetzlichen Regelung	43
---	----

1. Einleitung	43
2. Die Regeln über die Verletzung der Persönlichkeitsrechte	44
2.1 Verletzungsfälle	44
2.2 Fälle, die keine Verletzung darstellen	48
3. Die Rechtfertigungsgründe	49
3.1 Konkretisierung des überwiegenden Interesses	49
3.2 Der Sonderfall der Datenbearbeitung durch Dritte	52
4. Schlussbemerkungen	53

Urs Belser

Das Recht auf Auskunft, die Transparenz der Datenbearbeitung und das Auskunftsverfahren	55
--	----

1. Das Auskunftsrecht, der Schlüssel zum Datenschutz	55
2. Die gesetzliche Regelung im neuen Bundesdatenschutzgesetz (DSG)	56
2.1 Wer hat einen Auskunftsanspruch?	57
2.2 Wer ist zur Auskunftserteilung verpflichtet?	58
2.3 Inhalt der Auskunft	59
2.4 Form der Auskunft	60
2.5 Einschränkungen des Auskunftsrechts	61
3. Richterliche Durchsetzung des Rechts auf Auskunft	63
4. Strafrechtliche Sanktionen	63
5. Erfahrungen aus der Praxis	64
6. Ratschläge an die Inhaber von Datensammlungen	64
Nachtrag: Bemerkungen zu Art. 328b OR	65
Anhang: Prüf Schema Auskunftspflicht Privater nach DSG	65

X

Urs Scherrer

Erfassung und Registrierung der Datensammlungen in der öffentlichen Verwaltung und Auskunftsgewährung	67
1. Zielsetzungen des Datenschutzes	68
1.1 Restriktive Verarbeitung personenbezogener Daten nach den Gesichtspunkten des Datenschutzes	68
1.2 Transparenz und Kontrollierbarkeit für unabhängige Kontrollinstanzen (z.B. Datenschutzbeauftragte)	69
1.3 Transparenz und Kontrollierbarkeit (der Daten) für die Betroffenen	70
2. Transparenz und Kontrollierbarkeit für die Betroffenen	70
2.1 Register der Sammlungen von Personendaten	70
2.1.1 Zweck des Registers	70
2.1.2 Registrierung der wichtigen Datensammlungen	71
3. Ablauf beim Erstellen des Registers der Sammlungen von Personendaten	73
3.1 Sachmittel	74
3.2 Welche Organe wurden für die Erhebung angeschrieben	74
4. Auskunftsrecht	75
4.1 Einschränkungen des Auskunftsrechts	76
5. Welche Rechte hat der Betroffene bei der Einsicht in seine Daten?	77
5.1 Berichtigung (Vermerk)	77
5.2 Sperrung	77
5.3 Löschung	78
6. Zahlenangaben (Mengen/Häufigkeiten)	79
7. Ausblick in bezug auf die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Datenschutz	80

Mario M. Pedrazzini

Der Rechtsschutz der betroffenen Personen gegenüber privaten Bearbeitern (Klagen, vorsorgliche Massnahmen, Gerichtsstand)	81
1. Privatrechtlicher Rechtsschutz	81
2. Grundansprüche	82
2.1 Feststellungsklage (Art. 28a Abs. 1 Ziff. 2 ZGB)	82
2.2 Unterlassungsklage (Art. 28a Abs. 1 Ziff. 1 ZGB)	84
2.3 Beseitigungsklage (Art. 28a Abs. 2 Ziff. 2 ZGB)	84
2.4 Gegendarstellungsrecht (Art. 28g ZGB)	85
2.5 Schadenersatzklage (Art. 28a Abs. 3 ZGB)	85

2.6	Genugtuungsklage (Art. 28a Abs. 3 ZGB in Verbindung mit Art. 49 OR)	86
2.7	Der Sonderfall der unsicheren Daten (Art. 15 Abs. 2 DSG)	86
3.	Vorsorgliche Massnahmen (Art. 28c bis 28f ZGB)	86
3.1	Vorläufig vollstreckbare Gerichtsbeschlüsse	86
3.2	Erschwerung der Stellung des Verletzten	87
3.3	Verweis	87
4.	Der Gerichtsstand (Art. 15 Abs. 4 DSG)	87
5.	Zusammenfassung	88

Rainer J. Schweizer

Die Aufsicht über die privaten Datenbearbeitungen und die Beschwerdemöglichkeiten privater Bearbeiter und betroffener Personen gegen Aufsichtsentscheide 91

1.	Ohne Kontrolle kein Datenschutz	91
2.	Die Organisation der Datenschutzkontrolle	92
3.	Die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten im Privatbereich	94
4.	Verfahren und Mittel des Datenschutzbeauftragten	99
5.	Garantien für die privaten Personen gegenüber der Aufsichtsinstanz	100
6.	Zur Organisation der Eidgenössischen Datenschutzkommission	102
7.	Schlussbemerkungen	102
	Anhang: Zur Organisation der Eidg. Datenschutzkommission Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Auszug)	103

Urs Belser

Kontrolle des Datenschutzes in Kantonen und Gemeinden: Konzepte, Erfahrungen und Empfehlungen 107

1.	Grundsätzliches zur Datenschutzkontrolle	107
1.1	Wer übt die Kontrolle aus?	107
1.2	Inhalt der Datenschutzkontrolle	109
2.	Das Berner Modell: Die Institutionen und ihre Aufgaben	111
2.1	Die Institutionen	111
2.2	Ihre Aufgaben	112
3.	Erfahrungen aus der Praxis	115
3.1	Allgemein	115
3.2	Die einzelnen Aufgaben	115
3.3	Die Überforderung der Datenschutz-Kontrollinstanz durch den Gesetzgeber	119
4.	Lösungsansätze für die Praxis	120

Jean-Philippe Walter

Grenzüberschreitende Datenflüsse	121
1. Notwendigkeit einer Regelung	121
2. Begriff	124
3. Regelungsmöglichkeit für grenzüberschreitende Datenflüsse	126
4. Die Regelung grenzüberschreitender Datenflüsse im Bundesgesetz über den Datenschutz	127
4.1 Materielle Regeln	127
4.2 Formelle Regeln	130
4.3 Bestimmungen des internationalen Privatrechts	133
5. Schlussfolgerungen	134

Beat Lehmann/Regine M. Sauter

Datensicherung und Haftung aus Bearbeitungs- und Sicherungsfehlern	135
1. Die Bestimmungsfaktoren der Sicherheit von Informationssystemen	135
2. Die Datensicherung im Datenschutzgesetz	136
2.1 Zusammenhang von Datenschutz und Datensicherheit	136
2.2 Datensicherheit nach Art. 7 DSG	137
2.3 Normadressaten der Datensicherungspflicht nach DSG	138
2.4 Anwendungsbereich der Datensicherung nach DSG	138
2.5 Beurteilung der Angemessenheit der Massnahmen	139
2.6 Art und Umfang der zu treffenden Massnahmen	140
2.7 Zu sichernde Bearbeitungsvorgänge	141
2.8 Abzuwendende Bedrohungen	142
2.9 Zu erreichende Schutzziele	142
2.10 Sanktionen für Verletzungen der Datensicherungspflicht	143
3. Die Realisierung der Datensicherung	146
3.1 Vorgesehene Ausführungsvorschriften	146
3.2 Katalog der Mindestanforderungen	146
3.3 Bedeutung und Tragweite der Mindestanforderungen	148
4. Schlussbemerkungen und Ausblick	149

Paul Günter

Datenschutz im Gesundheitsbereich	151
1. Umfeld	151
2. Arztgeheimnis und Missbrauchskontrolle	152

3.	Der neue Artikel 321 ^b StGB	153
3.1	Wer klärt den Patienten auf?	155
3.2	Was ist, wenn die Information unterbleibt?	156
3.3	Wenn immer möglich anonymisierte Daten	156
4.	Der eidgenössische Datenschutzbeauftragte	157
5.	Zusammenfassung	157

Peter Müller

Datenschutz im Polizei- und Sicherheitsbereich nach dem Inkrafttreten des Eidgenössischen Datenschutzgesetzes und mit Blick auf das neue Staatsschutzgesetz 159

1.	Das Datenschutzrecht wird Realität	159
1.1	Im Bereich der Gerichtspolizei und der Zentralstellen- tätigkeit des Bundes	160
1.2	Auf dem Gebiet des Staatsschutzes und der militärischen Sicherheit	160
1.3	Die Regelungen in den Kantonen	161
2.	Klare Aufgabenumschreibung als Grundvoraussetzung für einen wirkungsvollen Datenschutz	162
2.1	Allgemeines	162
2.2	Gerichtspolizei	162
2.3	Staatsschutz	163
3.	Bei der Erhebung der Daten: Transparenz für die Betroffenen	165
3.1	Gerichtspolizei	165
3.2	Staatsschutz	166
4.	Datenbewirtschaftung unter den Gesichtspunkten der Richtigkeit, Zweckbindung und Verhältnismässigkeit	167
4.1	ISIS-Verordnung: Von der Theorie zur Praxis	167
4.2	Kategorisierung und Trennung der Daten	168
4.3	Zugriffsordnung	170
4.4	Qualitätskontrolle	171
4.5	Löschung der Daten	171
5.	Genauere Adressen für Datenbekanntgaben	173
5.1	Gerichtspolizei	173
5.2	Staatsschutz	174
6.	Auskunftsrecht als Kontrollinstrument der Betroffenen	176
7.	Neue Kontrollinstrumente	176
8.	Schlussfolgerungen	177